

**Standesbegehren Egger-Berneck (23 Mitunterzeichnende):
«Notwendigkeit eines Neubeginns in der Asylpolitik**

Das heutige Asylwesen entfernt sich zunehmend von seinem ursprünglichen Zweck, verfolgten Personen Schutz zu gewähren. Immer mehr Aufnahmekategorien werden geschaffen und nur noch ein verschwindend, kleiner Teil der aufgenommenen Personen erfüllen die Kriterien als anerkannte Flüchtlinge, gemäss der Definition der UNO-Flüchtlingskonvention, welche die Grundlage des Schweizer Asylgesetzes bildet.

Aufgrund der stark steigenden Anzahl der Asylgesuche mit den daraus folgenden entsprechenden Integrationsproblemen, sowie wegen der vielen unberechtigten Gesuche, der hohen Kosten und dem starken Sogeffekt, den das heutige Auswahlssystem auf Auswanderungswillige aus der ganzen Welt ausübt, ist ein neuer Ansatz im Asylwesen notwendig.

Asylgesuche sollen grundsätzlich nur in den von Konflikten betroffenen Ländern oder in deren Nachbarländern gestellt werden können und nicht mehr direkt in der Schweiz. Vertreter des Staatssekretariats für Migration, in Zusammenarbeit mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge prüfen die Gesuche vor Ort, in den von UNO betriebenen Flüchtlingslagern. Nur solche Asylbewerber, deren Gesuche positiv entschieden werden, können in die Schweiz ausreisen.

Die Vorteile der neuen Asylpolitik liegen auf der Hand: Die Sogwirkung auf Migranten nimmt ab, weil sie wissen, dass Asylgesuche grundsätzlich nur in ihrer Herkunftsregion gestellt werden können. Die Schlepperorganisationen verlieren ihre Kundschaft, weil sie ihnen keinen legalen Aufenthalt im Zielland mehr versprechen können. Das Asylwesen wird entlastet von tausenden missbräuchlichen Gesuchen, die mit grossem Aufwand aussortiert werden müssen und dadurch alle Verfahren in die Länge ziehen. Die aufwendige, zwangsweise Ausschaffung renitenter abgewiesener Asylbewerber fällt weg, da diese gar nicht erst in die Schweiz kommen. Die Kosten sinken massiv, da nur noch wirklich schutzbedürftige Personen aufgenommen werden.

Die Schweiz könnte mit ihrer neuen Asylpolitik ein Vorbild werden für die anderen europäischen Staaten, die heute alle mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

Die Regierung wird eingeladen, eine Standesinitiative bei der Bundesversammlung einzureichen mit dem Ziel einer neuen Asylpolitik, gemäss den oben erwähnten Eckpunkten.»

15. September 2015

Egger-Berneck

Böhi-Wil, Bonderer-Pfäfers, Büchler-Grabs, Dudli-Oberbüren, Eggenberger-Rüthi, Freund-Eichberg, Gartmann-Mels, Gerig-Wildhaus-Alt St.Johann, Hartmann-Walenstadt, Huser-Altstätten, Keller-Rapperswil-Jona, Koller-Gossau, Kuster-Diepoldsau, Louis-Nessler, Luterbacher-Steinach, Martin-Gossau, Meile-Wil, Rossi-Sevelen, Schweizer-Degersheim, Spoerlé-Ebnat-Kappel, Steiner-Kaltbrunn, Thalmann-Kirchberg, Wasserfallen-Goldach